

09.09.2020

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

zum Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8766

Wasserstoffwirtschaft konsequent am Klimaschutz ausrichten!

Berichterstatter: Abgeordneter Georg Fortmeier

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/8766 – wird abgelehnt.

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde durch Plenarbeschluss vom 11. März 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung zur Federführung sowie an den Verkehrsausschuss und an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation zur Mitberatung und der Maßgabe überwiesen, dass die abschließende Beratung und Abstimmung nach Vorlage einer Beschlussempfehlung im Plenum erfolgt.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schreibt in ihrem Antrag, der Landtag soll die Landesregierung beauftragen,

1. ihre Wasserstoff-Politik konsequent auf den Einsatz von „grünem“ Wasserstoff auszurichten.
2. ihre Wasserstoffpolitik zunächst auf wenige, nicht-elektrifizierbare Anwendungen zu konzentrieren, um hier wichtige Weichenstellungen für die sukzessive Ausweitung der Einsatzbereiche von „grünem“ Wasserstoff, ausschließlich entlang der Verfügbarkeit, vorzunehmen.
3. quantitative Ziele und Maßnahmen für den zusätzlichen Zubau von Anlagen der Erneuerbaren Energien zu formulieren und umzusetzen.
4. einen „Netzausbauplan Wasserstoff“ zu erstellen, der die Erfordernisse an den Infrastrukturausbau analysiert und operationalisiert.
5. die Gründung einer öffentlichen Infrastrukturgesellschaft zu prüfen, die den Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur unterstützt.
6. mit zusätzlichen Landesfördermitteln den Markthochlauf der „grünen“ Wasserstoffproduktion zu unterstützen.
7. umgehend in konkrete Gespräche mit den Landesregierungen der nördlichen Bundesländer über die Partizipation der nordrhein-westfälischen Wirtschaft an der Umsetzung der norddeutschen Wasserstoff-Strategie einzusteigen und diese zu verstetigen
8. erst dann den Import von Wasserstoff zu unterstützen, wenn ein System etabliert ist, das die Herstellung des Wasserstoffs mit Strom aus erneuerbaren Quellen und die Einhaltung klarer Nachhaltigkeitskriterien ermöglicht und garantiert.
9. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Nationale Wasserstoffstrategie der Bundesregierung auf den Einsatz von „grünem“ Wasserstoff fokussiert und mit Instrumenten wie einer Quote für klimaneutralen Schiffsdiesel die Nachfrage nach „grünem“ Wasserstoff verlässlich erhöht wird und ergänzende Maßnahmen zur Unterstützung des Markthochlaufs von „grünem“ Wasserstoff ergriffen werden.

B Beratung

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat den Antrag in seiner Sitzung am 22. April 2020 erstmals beraten und beschlossen, eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen. Diese hat am 12. Mai 2020 stattgefunden und ist im Ausschussprotokoll 17/987 dokumentiert.

Anlässlich der öffentlichen Anhörung waren folgende Institutionen/Sachverständige geladen bzw. sind folgende Stellungnahmen eingegangen:

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
thyssenkrupp Steel Europe AG Dr. Jens Reichel Duisburg	Dr. Jens Reichel	17/2599
VCI NRW Hans-Jürgen Mittelstaedt Düsseldorf	Thomas Basten	17/2604
Forschungszentrum Jülich GmbH Dr. Bernd Emonts Jülich	Dr. Bernd Emonts	17/2688
Deutsche Energie-Agentur GmbH Andreas Kuhlmann Berlin	Andreas Kuhlmann	17/2612
Open Grid Europe GmbH Alexander Land Essen	Alexander Land Martin Frings	17/2641
Helmholtz-Institut Erlangen- Nürnberg für Erneuerbare Energien Professor Dr. Peter Wasserscheid Erlangen	keine Teilnahme	----
Fraunhofer-Einrichtung für Energieinfrastrukturen und Geothermie IEG Professor Dr. Mario Ragwitz Cottbus	Professor Dr. Mario Ragwitz	17/2633
Greenpeace Energy eG Marcel Keiffenheim Hongkongstraße 10 Hamburg	Marcel Keiffenheim	17/2611
Dr. Helmut Waniczek Bergisch Gladbach	Dr. Helmut Waniczek	17/2603
Dr. Wilfried Jacobi Bad Sassendorf	Dr. Wilfried Jacobi	17/2639

Die mitberatenden Ausschüsse für Verkehr und für Digitalisierung und Innovation haben den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat in seiner Sitzung am 19. August 2020 die abschließende Beratung zu dem Antrag durchgeführt. Diese ist im Ausschussprotokoll 17/1077 dokumentiert.

C Schlussabstimmung

Bei der Schlussabstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Drucksache 17/8766 - wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Georg Fortmeier
Vorsitzender